

LANDTAGS KURIER



Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag



Landtag



Seite 3:
Debatten zu Tourismus
und Artenschutz



Seite 11:
Konferenz des Forums
Mitteleuropa 2019



Seite 15:
Feierstunde zu 70 Jahre
Grundgesetz

Ausgabe
4.19



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Europa hat gewählt. Mir zeigt besonders die hohe Wahlbeteiligung, dass Europa und europäische Themen vielen Menschen am Herzen liegen. Trotz ganz unterschiedlicher politischer Forderungen scheint mir die große Idee der europäischen Einigung, des friedlichen und freiheitlichen Miteinanders der europäischen Staaten und Völker, doch von den allermeisten Menschen akzeptiert zu sein. Europa ist ohne Zweifel unsere Zukunft – zur Friedenssicherung, als Wertegemeinschaft, zur Steigerung des Wohlstands und als Basis einer wirksamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Wie dieses Europa aber genau aussehen soll und welche Rolle die Nationalstaaten darin spielen, darüber gibt es vielfältige Ansichten. Das wurde auf der diesjährigen Konferenz des Forums Mitteleuropa deutlich, die den Titel »Quo vadis, Mitteleuropa?« trug und im Plenarsaal des Sächsischen Landtags stattfand. Meinungsunterschiede gab es vor allem bei der Frage, welchen Weg Mitteleuropa in Europa gehen kann. Darüber herrscht auch zwischen den Ländern Mitteleuropas keine Einigkeit. Mein Ziel ist es, dass wir Mitteleuropäer unsere Kraft ganz klar für Europa in die Waagschale werfen. Es ist in unserem ureigenen Interesse, dass Europa nicht an Integrationskraft verliert und die Europäische Union mehr an Attraktivität gewinnt. Wenn Mitteleuropa immer stärker wird und selbstbewusst neben die bisher in Europa tonangebenden West- und Südeuropäer tritt, dann steht es auch in der Verantwortung für Europa und sollte Verantwortungsbewusstsein zeigen.

Um Verantwortung ging es auch bei der Feierstunde zum 70. Jubiläum unseres Grundgesetzes. Wir alle sind aufgefordert, unsere Verfassung zu leben, die Regeln der Verfassung einzuhalten und ihre Werte hochzuhalten. Bei aller – teils auch berechtigter – Kritik an Politik und Parteien sollten wir eines nicht vergessen: Noch nie gab es auf deutschem und sächsischem Boden so gute Voraussetzungen für ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Unser Grundgesetz, das auch für Sachsen gilt, seit wir Deutschen in freier Selbstbestimmung die Einheit unseres Landes vollendet haben, stellt dafür mehr als nur einen formalen Rahmen. Es ist ein Glücksfall der deutschen Geschichte – wir sollten es klug zu gebrauchen wissen.

Matthias Röbner

Dr. Matthias Röbner
Präsident des Sächsischen Landtags

INHALT

PLENUM

92. Sitzung des Sächsischen Landtags
Tourismus soll weiter wachsen
CDU und SPD sehen neue Chancen
mit Tourismusstrategie 2025 4

Hintergrundinformationen zur
Tourismusstrategie Sachsen 2025 6

92. Sitzung des Sächsischen Landtags
Den Geist des Grundgesetzes bewahren
Fraktionen würdigen die Werte der deutschen Verfassung 7

93. Sitzung des Sächsischen Landtags
Sachsen und die Zukunft Europas
CDU und SPD bekräftigen das gemeinsame Europa 8

93. Sitzung des Sächsischen Landtags
Gefährdete Arten schützen
GRÜNE fordern größere Anstrengungen beim Artenschutz 10

EUROPA

Wohin gehst du, Mitteleuropa?
Internationale Konferenz des
Forums Mitteleuropa in Dresden 11

AKTUELLES

Auf der Höhe der Zeit
Feierstunde zum 70. Jubiläum des Grundgesetzes
am 25. Mai 2019 15

SONDERTHEMA

Landtagswahl in Sachsen 2019 – Gut zu wissen 18

EIN TAG MIT ...

Es geht um mehr als Anerkennung
Ein Tag mit Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 20

GESCHICHTE

**Von der »ganz großen Koalition« zum Ende
des Parlamentarismus**
Sächsische Landtagswahlen in der
Weimarer Republik 1929 und 1930 22

SERVICE

Weitere Informationen 24

// Titel: Podiumsdiskussion des Forums Mitteleuropa // Foto: T. Schlorke



PLENUM
Tourismusentwicklung,
Grundgesetz, Artenschutz,
Sachsen und Europa

// Die 92. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags am 22. Mai 2019 befasste sich mit der Weiterentwicklung der Tourismusstrategie des Freistaates. Außerdem widmete sie sich in einer Aktuellen Debatte der Verabschiedung des Grundgesetzes vor 70 Jahren. Themen der 93. Sitzung waren die europapolitischen Positionen der Landtagsfraktionen und die Herausforderungen an den Artenschutz zur Bewahrung der Biodiversität. //

Foto: M. Rietschel



PLENUM

Fotos: S. Giersch

Dr. Daniel Thieme

Tourismus soll weiter wachsen

CDU und SPD sehen neue Chancen mit Tourismusstrategie 2025

CDU: Tourismus ist imageprägend

Thomas Colditz, CDU, sagte zu Beginn der Debatte: »Der Tourismus in Sachsen hat sich in den zurückliegenden Jahren zu einem bedeutsamen Standort- und Wirtschaftsfaktor entwickelt.« Der Umsatz der Tourismusbranche liege bei 7,8 Milliarden Euro und für jede zweite Kommune sei der Tourismus ein relevanter Wirtschaftsfaktor. Die neue Tourismusstrategie sei nicht völlig neu geschrieben, sondern fortgeschrieben und konkretisiert worden, so Colditz. Er verwies darauf, dass der Tourismus

// Auf der Tagesordnung der 92. Sitzung des Sächsischen Landtags am 22. Mai 2019 stand eine von CDU und SPD beantragte Debatte zum Thema: »Sachsens Tourismus in Stadt und Land stärken – Tourismusstrategie 2025 als Grundlage für den weiteren Erfolg«. Jedes Jahr zählt der Freistaat Sachsen 20 Millionen Übernachtungsgäste. Die bisherige Tourismusstrategie wurde nun weiterentwickelt. //

tourismopolitischer Themen auf Bundes- und Landesebene. Eine unbürokratische und bedarfsgerechte Förderung solle zudem helfen, die positive Entwicklung der Tourismusbranche weiter zu unterstützen.

tourismuspolitischer Themen auf Bundes- und Landesebene. Eine unbürokratische und bedarfsgerechte Förderung solle zudem helfen, die positive Entwicklung der Tourismusbranche weiter zu unterstützen.

Gastfreundschaft vermittele und imageprägend sei. Colditz würdigte in seiner Rede das Engagement der Touristiker und Tourismusverbände, forderte jedoch eine bessere Koordination

SPD: Weltoffenheit als Geschäftsmodell

Jörg Vieweg, SPD, sprach davon, dass Weltoffenheit

// Thomas Colditz

// Luise Neuhaus-Wartenberg

// Jörg Vieweg

// Silke Grimm

// Dr. Gerd Lippold



PLENUM

ein Geschäftsmodell für den Tourismus in Sachsen sei. Aus diesem Grund müsse man rechtsextremen Tendenzen klar und entschieden entgegenreten. Vieweg hob das große Potenzial der 150 Millionen Ausflügler hervor, die den Freistaat Sachsen jährlich besuchten, und sicherte den 9 000 touristischen Unternehmen in Sachsen Unterstützung zu. Sie seien wichtige Leistungsträger, die regionale Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung erhielten. Um die sächsische Tourismuswirtschaft zu stärken, habe das Wirtschaftsministerium alle Fördertöpfe auch für den Tourismus geöffnet, so Vieweg. Im Hinblick auf die touristische Nutzung der Braunkohlefolgelandschaften verwies er auf bisherige Erfolge und neue Ziele. Dank der Förderpolitik zählten die Lausitz sowie das Leipziger Neuseenland heute zu den führenden Tourismusregionen in Sachsen.

Gästemfrage zu initiieren. Mit Blick auf die Förderpolitik appellierte sie, zielgerichteter anzusetzen, um die Existenz der sogenannten kleinen Übernachtungsbetriebe zu erhalten.

AfD: Potenzial besser fördern

Silke Grimm, AfD, sprach sich dafür aus, den anhaltenden Trend für Urlaub in Deutschland für Sachsen zu nutzen. Sie kritisierte, dass der Freistaat in der Tourismusstatistik noch immer hinterherhinke. Sachsen habe mit

feststellen, dass es an Direktflugverbindungen und Bahnfernverkehr mangle, während das Verkehrsaufkommen auf der A4 weiter wachse.

GRÜNE: Fremdenfeindlichkeit schadet Tourismus

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, verwies zu Beginn seiner Rede auf die Arbeit Tausender touristischer Betriebe sowie ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie seien die Grundlage für den Erfolg in der Tourismusbranche. Während

Klimaschutz Wert legten. Es fehle zudem an einer zielgerichteten Förderpolitik und einer besseren Beratung, um auf Extremwetterlagen aktiv reagieren zu können.

Staatsregierung: Neue Chancen für Tourismus

Das Ziel der Staatsregierung sei es, die Förderungen im Tourismus anzupassen, besser zu koordinieren und zu konzentrieren, konstatierte der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Martin Dulig. Er wies darauf hin, dass die aktuelle Tourismusstrategie 2025 keine Generalrevision, sondern lediglich eine Fortschreibung sei. Man wolle den Wirtschaftsfaktor Tourismus nachhaltig stärken und dazu »den Marktanteil Sachsens am Deutschlandtourismus stabilisieren, den Tagestourismus auf hohem Niveau halten und die Übernachtungszahlen außerhalb der Großstädte erhöhen«. Konkrete Maßnahmen seien dafür die Sicherung der Fachkräfteausbildung und -qualifizierung, die Entwicklung leistungsfähiger lokaler Tourismusstrukturen sowie eine landesweite Koordinierung touristischer Infrastruktur. Nachhaltigkeit müsse ein flächendeckendes Kriterium für den Tourismus in Sachsen sein, so Staatsminister Dulig.

Nachhaltigkeit muss ein flächendeckendes Kriterium für den Tourismus in Sachsen sein.



// Martin Dulig

92. Sitzung des Sächsischen Landtags

DIE LINKE: Investitionen in Verkehr notwendig

Nach Meinung der Abgeordneten Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE, greift die Tourismusstrategie des Freistaates zu kurz. So kritisierte sie Mängel im öffentlichen Nahverkehr und forderte, er müsse landesweit bis in die kleinen Kommunen reichen. Sie verwies auf Stellungnahmen des Deutschen Tourismusverbandes, wonach ein Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur in den sogenannten peripheren, strukturschwachen Räumen bestünde. Für Neuhaus-Wartenberg brauche es jedoch nicht nur mehr Geld, sondern auch Taktverbesserungen. Sie kritisierte weiterhin, dass es im Bereich des Tagestourismus an »ordentlichen Zahlen« fehle, und regte an, eine neuerliche

seinen Städten und Regionen von historischer und kultureller Bedeutung viel Potenzial. Gleichzeitig bedauerte die Abgeordnete der AfD, dass sich die Zahl der Arbeitsplätze im sächsischen Tourismus nur schwach entwickelt hätte. Grimm forderte daher eine Entlastung touristischer Leistungserbringer von bürokratischen Hürden. Sie verwies auf Aussagen in der neuen Tourismusstrategie, nach der zunehmend Urlauber aus Polen und Tschechien nach Sachsen kämen. Sie müsse allerdings

Sachsen bei der Gästezufriedenheit bundesweit auf Platz 3, hinter Bayern und Schleswig-Holstein, liege, seien die Sympathiewerte für das Reise-land Sachsen zwischen 2006 und 2015 zurückgegangen. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bestimmten die äußere Wahrnehmung Sachsens. Die Tourismusstrategie gehe an den realen Herausforderungen der Wirtschaft vorbei. So würden etwa die Unternehmer viel schneller begreifen, dass die Gäste auf Themen wie





Hintergrundinformationen zur Tourismusstrategie Sachsen 2025

// Großbräschener See //
Foto: © Tourismusverband Lausitzer Seenland / Nada Quenzel

92. Sitzung des Sächsischen Landtags

Hochkarätige Kunst und Kultur, weltberühmtes Traditionshandwerk, prächtige Schlösser und Burgen, einzigartige Städte und eine erholsame Natur: Sachsen ist bei vielen Urlaubern ein überaus beliebtes Reiseziel. Im Jahr 2018 kamen erstmals mehr als 20 Millionen Übernachtungsgäste in den Freistaat, die Zahl der Tagesausflügler stieg auf über 150 Millionen. Um die gute Entwicklung weiterzuführen, hat die Sächsische Staatsregierung nun ihre Tourismusstrategie 2025 fortgeschrieben. Sie legt damit einen strategischen Rahmen vor, der für alle Bereiche der Tourismuswirtschaft und darüber hinaus Wirkung entfalten soll.

Strategische Ziele

Mit ihrer Tourismusstrategie 2025 verfolgt die Staatsregierung mehrere Ziele. Demnach soll der Tourismus gute Einkommen generieren und Investitio-

// Der Landtag debattierte in seiner 92. Plenarsitzung am 22. Mai 2019 über die Tourismusstrategie Sachsen 2025. Das Kabinett verabschiedete das Papier Anfang des Jahres. Es soll die wettbewerbsfähige Entwicklung Sachsens im Tourismusbereich weiter voranbringen. //

nen ermöglichen. Er soll außerdem dazu beitragen, die Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Urlaubsregionen zu verbessern. Schließlich soll der Tourismus helfen, die Position Sachsens im Wettbewerb mit anderen Urlaubsgebieten auch in Zukunft zu sichern.

Wirtschaftsfaktor Tourismus

Mit einem Umsatz von 7,8 Milliarden Euro ist der Tourismus eine unverzichtbare Wirtschaftsgroße und ein wichtiger Arbeitgeber in Sachsen. Anhand der Tourismusstrategie soll die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständisch geprägten Tourismuswirtschaft in den kommenden Jahren weiter

erstarren. Die Staatsregierung möchte unter anderem die Strukturen und das Management der Urlaubsgebiete verbessern und grenzübergreifende Kooperationen fördern.

Ausbau der Infrastruktur

Weiterhin widmet sich die Strategie der Stärkung touristischer Infrastruktur. Im Fokus stehen besonders barrierefreie Angebote und ein maßvoller Ausbau der Outdoor-Infrastruktur. Zusätzliche Angebote im Gesundheits-, Wellness- und Kurtourismus sollen zu einer größeren Saisonunabhängigkeit beitragen. Als weitere Maßnahme sieht die Tourismusstrategie vor, das Marketing zu optimieren. Damit

soll vor allem die Bekanntheit Sachsens als Reiseziel gesteigert und der Marktanteil am deutschlandweiten Tourismus gefestigt werden.

Förderprogramme evaluieren

Die Staatsregierung will den Tourismus weiterhin verlässlich unterstützen. In der Tourismusstrategie wird angekündigt, dass bestehende Förderprogramme laufend überprüft und angepasst werden sollen.

Weitere Informationen zur Tourismusstrategie Sachsen 2025 sowie die Broschüre als pdf-Datei gibt es unter: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/32459>



92. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

Den Geist des Grundgesetzes bewahren

Fraktionen würdigen die Werte
der deutschen Verfassung

// Die zweite Aktuelle Debatte zur 92. Sitzung des Sächsischen Landtags wurde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE auf die Tagesordnung gesetzt. Sie stand unter dem Titel »70 Jahre Grundgesetz: Ein Grund zu feiern? Ein Grund zu kämpfen!« Die Debatte wurde genutzt, um über die geschichtliche und gegenwärtige Bedeutung der deutschen Verfassung zu sprechen. //

Grundgesetz hat Sozialverpflichtung

Rico Gebhardt sprach als erster Redner für DIE LINKE. Das Grundgesetz stünde vor allem für die uneingeschränkte Menschenwürde, für eine Sozialverpflichtung des Eigentums, für eine konsequent friedliche Welt und für einen klaren Bruch mit der NS-Diktatur. Es werde wirkungsvoll durch das Bundesverfassungsgericht, vor allem aber durch eine couragierte Zivilgesellschaft geschützt. In Bezug auf Grundgesetzänderungen mahnte Gebhardt einen behutsamen Umgang an.

Das Grundgesetz sei ein Glücksfall für Deutschland, sagte Martin Modschiedler, CDU. Er lobte die Weitsichtigkeit der Väter des

Grundgesetzes, die bereits 1949 die deutsche Einheit mitdachten. Modschiedler würdigte die verfassungsmäßig festgeschriebenen Grundrechte. Sie seien unveräußerlich und dauerhaft einklagbar. Für ebenso wichtig hielt er die Präambel mit ihrem Gottesbezug, die Bundesflagge sowie die Hymne als Symbole der Zugehörigkeit.

Menschen- und Bürgerrechte als Ziel

Harald Baumann-Hasske, SPD, hob in seiner Rede die besondere Beziehung zwischen den Menschen in Deutschland und dem Grundgesetz hervor. Den nationalsozialistischen Unrechtsstaat vor Augen, sahen es die Verfasserinnen und Verfasser als Ziel, das Grundgesetz mit Menschen- und Bürgerrechten auszustatten. Genauso wichtig seien zudem die sozialen Aspekte, da das Grundgesetz eine soziale Demokratie vorschreibe.

Karin Wilke, AfD, griff den Titel der Debatte auf und befand, dass 70 Jahre Grundgesetz nicht nur Grund zum Feiern seien. Sie kritisierte beispielsweise, dass der Bundestag im Jahr 2017 innerhalb von 48 Stunden 13 Grundgesetzänderungen durchgesetzt habe. Allein das Grundgesetz biete Schutz vor politi-

scher Willkür. Daher sah sie es als eine Aufgabe, es gegen all diejenigen zu verteidigen, die dem Grundgesetz einen anderen Sinn geben wollten.

Werte mit Leben füllen

Die Größe des Grundgesetzes könne man jeden Tag selbst erleben, äußerte Katja Meier, GRÜNE. Sie verwies dazu auf das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht der freien Religionsausübung. Dennoch müssten die Werte und Grundsätze des Grundgesetzes mit Leben gefüllt werden. Sie müsse aber feststellen, dass beispielsweise Männer und Frauen bis heute nicht gleichberechtigt seien. Weiterhin forderte sie, sich den Feinden der Verfassung entschieden entgegenzustellen.

Ministerpräsident Michael Kretschmer würdigte in seiner Rede den Beitrag des Grundgesetzes für Stabilität und Zusammenhalt in Deutschland. Vor dem Hintergrund verfassungsfeindlicher Tendenzen sei es richtig, den Verfassungsfeinden entgegenzutreten. Darüber hinaus bekräftigte er die starke Einbindung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft. Demokraten sollten zusammenhalten und sich nicht über die Verfassung stellen.



PLENUM

Dr. Daniel Thieme

Sachsen und die Zukunft Europas

CDU und SPD bekräftigen das gemeinsame Europa

93. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Martin Modschiedler // Fotos: O. Killig

// Auf der Tagesordnung der 93. Sitzung des Sächsischen Landtags am 24. Mai 2019 stand eine von CDU und SPD beantragte Aktuelle Debatte. Sie trug den Titel »Für eine sächsische Zukunft arbeiten: Europa wählen – Europa mitgestalten.« Zwei Tage vor der Wahl zum Europäischen Parlament trugen die Fraktionen ihre europapolitischen Standpunkte vor. //

CDU: Europa verbindet

Marko Schiemann, CDU, betonte zu Beginn der Debatte, dass die bevorstehende Wahl eine Richtungsentscheidung sei. Er erhoffe sich ein klares Signal für ein demokratisches Europa ohne Hass, bei dem Bürger- und Menschenrechte im Mittelpunkt ständen. Schiemann lobte die bisherige Arbeit der sächsischen EU-Abgeordneten und ihren Einsatz beispielsweise für Strukturgelder und Agrarförderung. Europa solle auch zukünftig Brücken zwischen Bürgern, Völkern und Regionen bauen. Sachsen könne die Partnerschaft mit den Visegrád-Staaten ausbauen und

die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien weiter fördern. Martin Modschiedler, CDU, betonte die gemeinsamen, grundlegenden Werte Europas. Zum Einsatz für diese Werte gehöre es für ihn auch, Symbole wie die EU-Flagge zukünftig per Gesetz vor Verunglimpfung zu schützen.

SPD: Zivilisatorische Meisterleistung

Harald Baumann-Hasske sprach für die SPD. Er warnte vor einer neuen, internationalen Zusammenarbeit der Nationalisten, die die Europäische Union demon-

strieren und das Europäische Parlament abschaffen wollten. In Sachsen gebe es weiterhin eine klare Mehrheit für die EU, da diese seit mehr als 70 Jahren Frieden unter Nachbarn gewährleiste. Die EU sei eine zivilisatorische Meisterleistung, sie sei in der Geschichte ohne Beispiel, so Baumann-Hasske. Er plädiere dafür, die sozialen Rechte in Europa zu stärken. Dabei gehe es nicht nur um regional angepasste Mindestlöhne oder Grundsicherungen, sondern auch um einen Fonds zur Absicherung nationaler

// Dr. Jana Pinka



Sicherungssysteme. Europa solle durch eine Reform der Institutionen noch demokratischer werden. Dazu zählten soziale Gerechtigkeit und die Annäherung der Lebensverhältnisse.

DIE LINKE: Gemeinsame Vision entwickeln

Für DIE LINKE sprach Enrico Stange. Er rief dazu auf, für grundlegende Werte in Europa einzutreten. Es sei nicht ausreichend, allein auf die erfolgreichen Projekte zu verweisen,



// Marko Schiemann

// Enrico Stange

// Harald Baumann-Hasske

// André Barth

// Dr. Claudia Maicher

PLENUM

die in Sachsen mit Unterstützung der Europäischen Union umgesetzt worden seien. Vielmehr gelte es, eine gemeinsame Vision von Europa zu entwickeln und umzusetzen, in der sich alle Bürgerinnen und Bürger aufgehoben fühlen. Dazu müssten auch jene einbezogen werden, die der Europäischen Union skeptisch gegenüberstünden. Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, bemerkte, dass in der letzten Legislaturperiode einige Chancen verpasst worden seien, europäische Prozesse mitzugestalten. Es werde nichts helfen, sich bei manchen Gesetzgebungsverfahren wegzuducken. Stattdessen müsse es das gemeinsame Ziel des Sächsischen Landtags sein, sich viel stärker mit europäischen Prozessen auseinanderzusetzen.

eines Parlaments gehöre. Auch der Grundsatz von allgemeinen und gleichen Wahlen sei im europäischen Parlament nicht erfüllt. Die Friedenssicherung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg sei vor allem der NATO und nicht der Europäischen Gemeinschaft beziehungsweise der Europäischen Union zu verdanken.

weltweiter Frieden machten nicht an der sächsischen Grenze halt. Vielmehr liege der Schlüssel für eine gute sächsische Zukunft darin, all diese Themen gemeinsam zu lösen. Dafür müsse es mehr Diskussion über die Zukunft Europas geben, wie zuletzt bei der Veranstaltung »Ein Europa für alle« in Leipzig.

Staatsregierung: EU weiter stärken

Oliver Schenk, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, warb in seiner Rede für ein starkes und gemeinsames Europa. Die EU sei ein großes Friedens- und Wohlstandsprojekt, dessen Werte jedoch durch Nationalisten und Populisten in Gefahr gerieten. Für manche Herausforderungen wie den Handelskonflikt mit den USA, die Migrationsbewegungen oder den Klimawandel gebe es aber keine sächsische oder deutsche, sondern nur eine europäische Antwort. Um Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu sichern, müsse die EU noch stärker werden. Sie stehe für den Gewinn von Sichtbarkeit und Wirkmacht sowie Freundschaft und Zusammenhalt. Sachsen habe seit 1990 mehr als 20 Milliarden Euro Fördermittel von der EU erhalten. Dieses Geld habe man unter anderem in kluge Köpfe, Infrastruktur und Forschungseinrichtungen investiert.



Um Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu sichern, muss die EU noch stärker werden.

// Oliver Schenk

93. Sitzung des Sächsischen Landtags

AfD: Demokratiedefizite benennen

André Barth von der AfD erinnerte an den Geist Europas, der sich durch die christliche und jüdische Religion, die griechische Philosophie, das römische Rechtsdenken und die Aufklärung ausgeprägt habe. Diese Säulen seien wichtig, um Europa in seinem Wert zu bewahren. Aufgabe Deutschlands sei es, sich in diesem Rahmen für eine förderliche Entwicklung einzusetzen. Dennoch gebe es in der Europäischen Union einige Demokratiedefizite. So existiere de facto kein allgemeines Initiativrecht im EU-Parlament, was doch eigentlich zum Wesen

GRÜNE: Große Themen gemeinsam lösen

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, ging in ihrer Rede auf die großen Herausforderungen ein, die nur mit einer vertieften Zusammenarbeit in der EU zu bewältigen seien. Klimaschutz, Energiewende, Erhaltung der Artenvielfalt, fairer Handel und

Auch die Landesparlamente hätten die Möglichkeit, die Menschen stärker einzubeziehen. So solle etwa die Zivilgesellschaft noch stärker mitemden, wenn es um die Verteilung von EU-Geldern gehe. Außerdem bräuchte es eine stärkere Förderung europapolitischer Bildung. Diese sei eine von einzelnen Anlässen unabhängige Daueraufgabe.



www.landtag.sachsen.de



// Wolfram Günther, Jan Hippold, Dr. Jana Pinka, Simone Lang, Jörg Urban, Thomas Schmidt // Fotos: O. Killig

Gefährdete Arten schützen

GRÜNE fordern größere Anstrengungen beim Artenschutz

// Die zweite Aktuelle Debatte zur 93. Sitzung des Sächsischen Landtags wurde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Tagesordnung gesetzt. Sie stand unter dem Titel »Froschlöffel und Kratzdistel, Hochmoor-Gelbling und Wildkatze retten – die Warnung des Weltbiodiversitätsrates gilt auch für Sachsen«. //

Dr. Daniel Thieme

Zahlen ernst nehmen

Das größte Problem beim Artensterben liege darin, dass sich viele kleine Dinge zu einer großen Angelegenheit summieren, befand Wolfram Günther, GRÜNE. Die Aktuelle Debatte sei daher wichtig, um die Warnung des Weltbiodiversitätsrates ernst zu nehmen. Die vorgelegten Zahlen seien dramatisch, denn innerhalb weniger Jahrzehnte seien weltweit eine Million Arten verschwunden. In Sachsen habe die Zahl der ausgestorbenen oder gefährdeten Arten ebenfalls zugenommen.

Jan Hippold, CDU, empfand den Bericht des Weltbiodiversitätsrates ebenfalls als beunruhigend. Umweltschutz sei eine Generationenaufgabe, für die es unterschiedliche Ansätze brauche. Der Freistaat Sachsen mache in dieser Hinsicht aber schon vieles richtig, die aktuelle Politik beruhe auf internationalen Standards zur Erhaltung der Biodiversität. Bestimmte Maßnahmen zielten beispielsweise auf die Revitalisierung der Moore oder den Schutz der Äsche in Sachsen.

Konkrete Projekte fördern

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, hielt die Belastungsgrenzen der Erde in der Biodiversität bereits für überschritten. Es sei daher höchste Zeit, sich intensiver mit der Problematik des Artensterbens zu befassen. Bereits mehrfach sei die Staatsregierung angemahnt worden, Maßnahmenpakete für Vogelschutzgebiete oder Strategien für funktionierende Biotopverbünde zu erarbeiten. Ein Ziel müsse es sein, eine gute Landwirtschaft zu fördern, um die Artenvielfalt zu sichern.

Das Artensterben sei eine ähnlich große Herausforderung wie der Klimawandel, sagte Simone Lang, SPD. Bei Überschreitung bestimmter Grenzen erfolge eine unkontrollierbare Kettenreaktion. Das Thema betreffe auch Sachsen, wo 1500 Arten bereits ausgestorben und weitere 1128 Arten vom Aussterben bedroht seien. Es werde bereits viel Geld für den Naturschutz ausgegeben. Dennoch brauche es mehr konkrete Projekte, etwa, um die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Gefahren durch Windkraft

Für Jörg Urban, AfD, lässt sich die Energiewende nicht mit dem Artenschutz in Einklang bringen. Besonders die Biomasseproduktion und die Windkrafterzeugung wirkten sich auf die Artenvielfalt und die Natur aus. So werde der Lebensraum vieler gefährdeter Arten durch den Anbau von Energiepflanzen dauerhaft zerstört. Windkraftanlagen seien ebenfalls eine Gefahr. Täglich verendeten unzählige Insekten, aber auch Fledermäuse und Vögel an ihnen.

Der Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, Thomas Schmidt, verwies in seiner Rede auf verschiedene Maßnahmen der Staatsregierung zum Artenschutz. Auf den Weg gebracht worden sei jüngst ein Förderprogramm zum Schutz von 92 gefährdeten Arten, das Programm »Biologische Vielfalt« werde fortgeschrieben. Weiterhin trage die Moor-Revitalisierung zum Schutz des Hochmoor-Gelblings bei. Ein Beobachtungsnetz solle helfen, die Wildkatze zu schützen.



// Die 9. Konferenz des Forums Mitteleuropa am 17. Mai 2019 stand unter dem Thema »Quo vadis, Mitteleuropa?«. Die Teilnehmer diskutierten im Plenarsaal des Sächsischen Landtags, welche Rolle den mitteleuropäischen Staaten angesichts der aktuellen und sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen in der EU zukommen solle. Referate und Podiumsdiskussionen widmeten sich sowohl dem Verhältnis der Länder untereinander als auch den Beziehungen Mitteleuropas zum internationalen Umfeld. //

Foto: T. Schlerke

Internationale Konferenz des Forums Mitteleuropa in Dresden

Wohin gehst du, Mitteleuropa?

// Am 17. Mai 2019 fand im Sächsischen Landtag die 9. Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag statt. Unter dem Motto »Quo vadis, Mitteleuropa?« diskutierten internationale Politiker und Vertreter der Bürgergesellschaft über die Rolle Mitteleuropas in der Europäischen Union. //

Carolin Krutsch

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag



// Wolfgang Sobotka, Präsident des Nationalrats der Republik Österreich; Dr. László Kövér, Präsident der Ungarischen Nationalversammlung; Gerald Schubert, Moderator; Richard Nikolaus Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland; Milan Štěch, Vizepräsident des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik // Fotos: T. Schlorke

Das Forum Mitteleuropa kehrte 2019 mit der Konferenz »Quo vadis, Mitteleuropa?« zu seinen Wurzeln nach Dresden zurück. Auf Einladung des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbner trafen sich hochrangige Vertreter aus Ungarn, Österreich, der Slowakei, Polen, Tschechien, Deutschland und Sachsen, um sich über die verschiedenen Perspektiven zur Zukunft der Europäischen Union (EU) auszutauschen. Der Plenarsaal war mit über 200 Gästen voll besetzt und bot rund eine Woche vor den Wahlen zum Europäischen Parlament die Kulisse für anregende Diskussionen. Die Situation in der EU gestaltet sich nämlich schwierig: Der bevorstehende Brexit mit seinen noch unabsehbaren Folgen, die anhaltende Flüchtlingsthematik und die noch nicht überwundene Euro-Schuldenkrise fordern auch Mitteleuropa heraus.

Vertrauen und Verantwortung für Europa

Umso wichtiger sei ein stetiger Austausch untereinander, betonte Dr. Matthias Röbner in seiner Eröffnungsansprache. Vertrauen als »Voraussetzung für ein Miteinander der Staaten in Europa« könne

nur im Dialog entstehen. Sachsen diene hierfür von Mitteleuropa aus nach Europa hinein als Brückenbauer und Kommunikator. Die Menschen in Mitteleuropa hätten 1989 in einer gemeinsamen Freiheitsrevolution die Spaltung Europas überwunden, ihre Staaten entwickelten sich nun neben den »bisher in Europa tonangebenden West- und Südeuropäern« zu selbstbewussten Kräften innerhalb der EU. Hieraus ergebe sich in Mitteleuropa eine größere Verantwortung für Europa, so Röbner. »Als Mitteleuropäer sollten wir uns unserer Kraft bewusst sein, die wir an dieser Stelle für Europa in die Waagschale werfen können.« Das Ziel könne nur sein, dass die Europäische Union wieder an Attraktivität gewinne. Es gehe in Europa nur gemeinsam.

Mitteleuropa als Zukunft Europas

Den ersten Themenblock »Mitteleuropas Staaten in Europa: Gegenüber, Nebeneinander, Miteinander?« eröffnete Dr. László Kövér, Präsident der Ungarischen Nationalversammlung, mit einem Impulsreferat. Darin sprach er Krisen in der EU an: den Arbeitskräftemangel, der weder »von einer in die EU gerichteten, externen Migration noch von einer Migration innerhalb der EU gelöst werden« könne, sowie die alarmierend hohe Verschuldung einiger EU-Mitgliedsstaaten.

Die Mittelschicht als »Eckpfeiler der EU-Wirtschaft« und »der europäischen Demokratie« würde durch eine kontinuierlich steigende Steuerlast eingeschränkt, was »die Wirtschaftskraft der Europäischen Union schwinden« lasse. Kövér beschwor die Erhaltung eines Europas »nach christlichen und nationalen Grundsätzen«, um diesen Krisen effektiv begegnen zu können. Zuvor hatte er auf einen »Kampf um die europäische Zivilisation« abgestellt. Die »gemeinschaftsbildende Kraft des christlichen Gedankens« stelle dabei »eine Schlüsselrolle im Leben Europas« dar und müsse geschützt werden.

Mitteleuropa als besonderer Raum in Europa

Wolfgang Sobotka, Präsident des Nationalrats der Republik Österreich, sah Mitteleuropa als besonderen Kulturraum, der zu verbinden verstehe, der das christlich-humanistische Erbe grenzüberschreitend geprägt habe und bewahrt werden müsse. Aus diesem »besonderen Kapital« könne Mitteleuropa heute schöpfen, um »Impulsgeber für die EU zu sein« und eine Brückenfunktion zu erfüllen. Die Balkanstaaten, »für Europa zwingend notwendig«, könnten über die Brücke Mitteleuropa in die EU hineinwachsen. Dabei müsse aber effizienter vorgegangen werden. Mitteleuropa sei nicht nur Vorreiter für mehr Subsidiarität und föderalistische Strukturen in Europa, es habe auch größte Verantwortung beim Gewähren funktionierender Rechtsstaatlichkeit. Die mitteleuropäischen Dissidenten hätten schließlich vor 1989 um den Rechtsstaat gerungen. Auch daher könne man heute nicht dulden, wenn das Recht gebrochen oder gebeugt werde. Der Rechtsstaat sei die europäische »Klammer«.



In der Podiumsdiskussion erweiterten Milan Štěch, Vizepräsident des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik, und Richard Nikolaus Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, die ungarische und österreichische Sichtweise. Die tschechische Gesellschaft sei »sehr liberal« und stolz auf ihre offene und erfolgreiche Wirtschaft, so Štěch. Dennoch müsse die Wirtschaftsmigration in eine gesteuerte Migration umgewandelt werden. Dies sei auch Konsens innerhalb der Visegrád-Gruppe, die – wohlgeachtet – »kein Gegengewicht zu Brüssel« darstelle. Er warnte vor einem »Europa der zwei Geschwindigkeiten«, da dies zu weiteren Spaltungen führe, und betonte den Gedanken der Subsidiarität. Subsidiarität sei jedoch »keine Einbahnstraße« der Kompetenzrückgabe an die Nationalstaaten, sondern setze europäische Solidarität geradezu voraus, hielt Kühnel fest. Die Kritik, die Kommission arbeite nicht im Sinne der Mitgliedsstaaten, wies er klar zurück: »Es geht nur gemeinsam: Brüssel und die Nationalstaaten.« Die EU sei »gemeinsames Verantwortungsprojekt« und einzige Handlungsebene in den großen Fragen der Zukunft. Sie sei keine Bedrohung, sondern ein gemeinsames Haus, das den Staaten Schutz und Entwicklungsmöglichkeiten biete.

// Dr. Matthias Röbner



Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag

// Janusz Reiter, Botschafter a. D. der Republik Polen in Deutschland; Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen; Dr. Edit Inotai, Moderatorin; Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments a. D.; Dr. Peter Lizák, Botschafter der Slowakischen Republik // Fotos: T. Schlorke



Deutschland muss Europa zusammenhalten

Der zweite Themenblock stand unter dem Titel »Mitteleuropa und seine Nachbarn – Herausforderungen und Perspektiven«. Janusz Reiter, Botschafter a. D. der Republik Polen in Deutschland, betonte in seinem Impulsvortrag, Europa sei heute nur ein kleiner Teil der Welt, dessen Einfluss schwinde. Entsprechend müsse die EU vorbereitet sein, um das »wunderbare europäische Projekt zu bewahren«. Er habe dabei »besonders hohe Erwartungen« an Deutschland, das diese aber durch eine fehlende »Risikokultur« nicht erfülle. Es gebe heute in Deutschland keine Fähigkeit, in weltpolitischen Kategorien zu denken. Dabei sei es doch die vordringliche »Aufgabe Deutschlands, die EU zusammenzuhalten«. Die Situation in der Ukraine be-

wertete er als »Versagen Europas«, was auf das Denken, das Land nicht als Teil Europas zu verstehen, zurückzuführen sei. Für eine Erweiterung der EU in Richtung Balkan mahnte Reiter jedoch zu Nüchternheit, da die Union sich zunächst selbst stärken müsse. Die Statik der EU sei unter Druck. Alle, auch die Staaten Mitteleuropas, hätten die Verantwortung, dass sich der Westen, dass sich Europa nicht auflöse.

Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, hob die Bedeutung der EU hervor und verglich sie mit einem Haus, das mit »unglaublich viel Kraft« erbaut wurde. Es müsse alles dafür getan werden, dass es im Kern erhalten bleibe: »Man kann es umbauen, man kann es renovieren, aber wir sollten es alle miteinander nicht zerstören.« Gerade jetzt, wo bisher verlässliche Partner wie die USA sich auf sich selbst konzentrierten, müsse Europa »mehr miteinander bewegen.«

Perspektiven für den Balkan

Die slowakische Einschätzung lieferte in der anschließenden Podiumsdiskussion Dr. Peter Lizák, Botschafter der Slowakischen Republik in Berlin. Die Ukraine, von der EU »20 Jahre vernachlässigt«, sei ebenso wichtig für Europa wie der Balkan. Er forderte ein faireres Auftreten der EU-Kommission bei der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen und kritisierte, dass diese keinen speziellen Ukrainebeauftragten einsetze. Die Glaubwürdigkeit der Union sei beschädigt, da sie nicht konsequent und zielgerichtet handele: »Es fehlt an politischem Gewicht.« Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments a. D., argumentierte aus einem übergeordneten europäischen Gedanken heraus. Die östlichen Länder der EU nicht als im Kern mitteleuropäisch verstanden zu haben, sei ein »psychologischer Fehler« gewesen. Für die Balkanländer müsse es deshalb »eine europäische Perspektive« geben. Trotz vieler Kritik sehe er die großen Erfolge der EU: »Wir sind nicht das Paradies auf Erden, aber wir sind der bessere Teil dieser Welt.« Damit einher ginge der Kern der Union, den er nicht als Interessengemeinschaft, sondern als Wertegemeinschaft mit verbindender Solidarität charakterisierte. Dies dürfe vor allem die jüngere Generation nicht als selbstverständlich hinnehmen: »Es kann sich alles wieder ändern, wenn wir nicht engagiert sind.«



Anlässlich der Konferenz »Quo vadis, Mitteleuropa?« des Forums Mitteleuropa besuchten Wolfgang Sobotka, Präsident des Nationalrats der Republik Österreich, sowie Dr. László Kövér, Präsident der Ungarischen Nationalversammlung, den Sächsischen Landtag. Beide trugen sich in das Gästebuch des Parlaments ein.



Das Grundgesetz:
Bewährt und zeitgemäß
seit 70 Jahren

Foto: M. Rietschel

// In einer gemeinsamen Veranstaltung am 25. Mai 2019 gedachten der Sächsische Landtag und die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung der feierlichen Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949, die gleichzeitig als Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland gilt. Das Verfassungswerk erwies sich als historischer Glücksfall, das auch im wiedervereinigten Deutschland in beispielgebender Weise Grund- und Bürgerrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz gewährleistet.



// Festredner Prof. Dr. Dieter Grimm // Fotos: M. Rietschel

Dr. Thomas Schubert

Auf der Höhe der Zeit

Feierstunde zum 70. Jubiläum des Grundgesetzes am 25. Mai 2019

Nach Diktatur, Krieg und völligem Zusammenbruch trat am 23. Mai 1949 mit dem Grundgesetz die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte ein. So formulierte es damals Konrad Adenauer. Es begann, um bei Adenauers Worten zu bleiben, ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte des deutschen Volkes. Und es begann die Zeit einer geteilten Nation. Erst 1990, als die DDR der Bundesrepublik Deutschland beitrug, wurde das Grundgesetz zur gesamtdeutschen Verfassung.

Grundgesetz ist ein historischer Glücksfall

In seiner Eröffnungsansprache erinnerte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbber vor über 200 Bürgerinnen und Bürgern an das historische Datum und an die Zeit bis zur deutschen Wiedervereinigung. Freiheit, Menschenwürde und Demokratie seien 1949 in einem Teil Deutschlands als unveränderliche Grundlage des Zusammenlebens festgeschrieben worden. Einst als Provisorium gedacht, stehe das Grundgesetz heute für die

wiedervereinigte deutsche Nation und für die Freiheit vor der Diktatur. Es sei ein historischer Glücksfall sowie ein Erfolgsmodell in und für Europa. Grund- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Minderheitenschutz seien Pfeiler der Verfassung und genau jene Ideen, die auch 1989 in der friedlichen Revolution intensiv aufgerufen wurden, gab der Landtagspräsident zu bedenken. Verantwortlich für den klugen Gebrauch der Verfassung zum Gedeihen von Demokratie und Freiheit sei indes die Gesellschaft. Jeder und jede Einzelne müsse aus der geschriebenen eine gelebte Verfassung machen.



Rechtsrahmen und Sehnsuchtstext

Verfassungstage seien die Festtage der Demokratie, hob sein Nachredner Dr. Roland Löffler, der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, an. Man vergewärtige sich dann der Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaat. Das Grundgesetz sei jedoch nicht nur ein Rechtsrahmen, sondern vielmehr ein Sehnsuchtstext. Seine Mütter und Väter hätten das große Bedürfnis gehabt, die Schrecken des Nationalsozialismus zu überwinden und auf ein friedliches Europa hinzuarbeiten. Auch wenn sich heute viele Menschen in Ostdeutschland die Frage stellten, warum es im Zuge der deutschen Einheit keine Verständigung über einen gemeinsamen Verfassungstext gegeben habe, so erscheine es ihm doch wenig sinnvoll, diese Debatte wieder neu anzufachen. Damit schätze man nur die Leistungsfähigkeit unserer Verfassung gering. Zudem sei Demokratie mehr als nur ein Rechtssystem, es sei eine Lebensform, die es permanent zu praktizieren gelte.



// Am 23. Mai 1949 verkündete der Parlamentarische Rat in einer feierlichen Sitzung das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Der Sächsische Landtag würdigte im Verbund mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung das 70. Jubiläum des Grundgesetzes mit einer gemeinsamen Veranstaltung im Plenarsaal. //

Verfassung als Konsensbasis

Der Festredner Prof. Dr. Dieter Grimm, von 1987 bis 1999 Richter am Bundesverfassungsgericht, begann mit einem Blick in die Geschichte. In Westdeutschland habe es eines langen »Aneignungsprozesses« bedurft, bis das Grundgesetz die Wertschätzung erfahren habe, die es heute besitze. Erst Ende der 1970er-Jahre habe die unverbrüchliche Identifikation mit dem Grundgesetz eingesetzt, freilich ohne dass es an politischen Konflikten und Verfassungskonflikten gemangelt habe. Niemals aber hätten die Konfliktparteien den Boden der Verfassung verlassen. Das sei charakteristisch für die »alte« Bundesrepublik gewesen, stellte Grimm fest. »Die Verfassung bewährte sich in den Zeiten heftigster politischer Auseinandersetzungen als Konsensbasis für die politischen Konkurrenten und ging daraus gestärkt hervor.« Große Herausforderungen seien dem Grundgesetz indes erspart geblieben, anders als etwa der Weimarer Verfassung, die an ihren Umweltbedingungen zugrunde gegangen sei. Hinzu komme die wichtige Rolle des

Bundesverfassungsgerichts. Es habe der Verfassung die »Relevanz in der Zeit« verliehen, die sie aus sich heraus nicht haben könne, zumal die Politik die Entscheidungen des Verfassungsgerichts befolgt habe.

Auf der Höhe der Zeit

Nach Ausführungen über die Rolle des Grundgesetzes bei der Wiedervereinigung 1990 und über die Vorbildfunktion, die es nach 1989 für viele Staaten Ost- und Mitteleuropas gehabt habe, widmete sich Grimm den aktuellen Perspektiven der deutschen Verfassung. Bisher sei das Grundgesetz »im Großen und Ganzen« auf der Höhe der Zeit geblieben. Aber nicht jede der mittlerweile 63 Verfassungsänderungen habe das Grundgesetz verbessert, einige hätten es sogar unnötig aufgebläht. Die Aufblähung der Verfassung sei dabei ein »Demokratieproblem«. Schließlich würde alles, was auf Ebene der Verfassung geregelt sei, dem demokratischen Prozess entzogen. Es sei dann nicht mehr Thema, sondern Prämisse von Politik,

weshalb in Verfassungen nur die grundlegenden Prinzipien und Regeln stehen sollten. Je mehr man eine Verfassung mit Inhalten überhäufe, desto schmaler werde der Raum für demokratische Entscheidungen und umso folgenreicher blieben Wahlen.

Abschließend widmete sich Grimm dem antitotalitären Konsens des Grundgesetzes. Sein Sinn liege in einem doppelten »Nie wieder«: ob mit Blick auf die Selbstzerstörung der Demokratie, wie 1933 geschehen, oder hinsichtlich der vollständigen Missachtung von Menschenrechten und individueller Autonomie, wie man sie in den zwölf Jahren nach 1933 erlebt habe. Nie wieder dürfe eine Gruppe herrschen, die für sich den Alleinvertretungsanspruch für das Volk erhebe und daraus das Recht ableite, ihre Auffassung ungehindert – auch gegen die Verfassung – durchzusetzen. Grundrechtsschutz und die grundrechtlich gesicherten Freiheiten dürfe man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen – nie wieder.

Die Redebeiträge der Feierstunde erscheinen als Heft im Rahmen der FESTAKT-Reihe für Sie zum Nachlesen.

Katja Ciesluk / Dr. Thomas Schubert

Landtagswahl in Sachsen 2019 – Gut zu wissen



Foto: © Anton Sokolov – stock.adobe.com

Der Sächsische Landtag ist das einzige unmittelbar vom Volk gewählte Verfassungsorgan im Freistaat Sachsen. Landtagswahlen finden turnusmäßig alle fünf Jahre statt. Seit der Wiedererrichtung des Freistaates 1990 konnten die Wähler sechs Mal ihre Stimmen bei Landtagswahlen abgeben. Am 1. September sind sie wieder dazu aufgefordert, über die Zusammensetzung ihres Landesparlaments zu entscheiden.

Demokratische Wahl als hohes Gut

Die Abgeordneten werden in allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen gewählt. Vor allem aber handelt es sich um freie Wahlen, das heißt, auf die Wähler wird kein Druck bei ihrer Wahlentscheidung ausgeübt. Sie haben die Möglichkeit, aus mehreren, voneinander unabhängigen Kandidaten und Parteien auszuwählen. In einem freien

// 2019 wird in Sachsen ein neues Landesparlament gewählt. Unser Sonderthema nimmt die Wahl zum 7. Sächsischen Landtag in den Blick. Was zeichnet Landtagswahlen in Deutschland aus? Wie stellen sich die Wahlergebnisse in Sachsen auf Landesebene seit 1990 dar? Was gilt es für die Landtagswahl 2019 zu wissen? //

politischen Wettbewerb werben Parteien und Kandidaten um die Gunst der Wähler. Letztlich entscheidet aber jeder Wähler selbst, wen er wählt bzw. ob er wählen geht oder nicht. Freie Wahlen sind dementsprechend eine gesellschaftliche Errungenschaft und ein Kernmerkmal unserer Demokratie. Sie waren nicht umsonst einst eine der zentralen Forderungen, für die 1989 Hunderttausende Menschen in der DDR demonstrierten. Die landesweiten Proteste gegen den Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 waren ein wichtiger Wegbereiter für die friedliche Revolution ein halbes Jahr später. Als die Bürger im März 1990 zum ers-

ten Mal frei über die politische Besetzung der Volkskammer der DDR abstimmen konnten, lag die Wahlbeteiligung bei knapp 94 Prozent. Es war die höchste Beteiligung, die es je bei einer Parlamentswahl in Deutschland gegeben hat.

Warum wählen?

Seither ist die Wahlbeteiligung kontinuierlich gesunken. Gaben bei der ersten Landtagswahl im wiedergegründeten Freistaat 1990 noch mehr als 70 Prozent ihre

Stimme ab, so pendelte sich die Wahlbeteiligung bei den drei nachfolgenden Wahlen bei ca. 60 Prozent ein.

2009 gingen gerade noch 52,2 Prozent der Berechtigten zur Wahl. 2014 sank der Wert auf 49,1 Prozent. Damit blieben erstmals mehr Wahlberechtigte den Urnen fern als wählten.

Dabei gibt es viele gute Gründe, bei Wahlen zu entscheiden. Nur wer wählt, kann den Kurs eines Landes mitbestimmen. Wer am Wahltag zu Hause bleibt oder nicht von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch macht, der überlässt anderen die Entscheidung über die politische Zukunft seiner Heimat. Denn der Sächsische Landtag regelt wichtige Kernbereiche des täglichen Lebens in eigener Zuständigkeit. Hierzu zählen zum Beispiel Bildungspolitik, Polizeirecht und Kommunalwesen. Zudem hat das Parlament das Budgetrecht. Es beschließt, wofür der Freistaat



Wichtige Informationen rund um die Wahl zum 7. Sächsischen Landtag gibt es ab sofort unter www.sachsenwahl.de



// Wahlabend 2014 im Sächsischen Landtag // Foto: S. Giersch

Sachsen die öffentlichen Gelder ausgibt, und es wählt – gemäß den Mehrheitsverhältnissen – den Ministerpräsidenten.

Wer kann wählen und gewählt werden?

Wahlberechtigt sind – mit wenigen gesetzlichen Ausnahmen – alle deutschen Staatsbürgerinnen und -bürger mit Hauptwohnsitz in Sachsen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Zur Landtagswahl 2019 dürfen nun auch Menschen unter Vollbetreuung wählen, also Menschen, die vom Gericht einen Betreuer für alle Angelegenheiten bekommen haben. Gewählt werden können alle Wahlberechtigten, die seit mindestens zwölf Monaten ihren Hauptwohnsitz in Sachsen haben. Damit soll sichergestellt werden, dass mögliche Kandidaten Land und Leute gut kennen, bevor sie sich um ein Mandat bewerben. In der Regel sind Kandidaten fest mit einer Region oder Stadt verbunden, die ihnen vertraut ist.

Fotos: S. Giersch; iStockphoto: max-kegfire, gpointstudio; stock.adobe.com: kamasigns

Welche Stimme zählt wie?

Genauso wichtig wie die Entscheidung für eine Partei oder Person ist die korrekte Stimmabgabe. Dabei kommt es immer wieder vor, dass sich die Wähler über die Bedeutung ihrer beiden Stimmen nicht genau im Klaren sind. Das Zweistimmensystem ist in der Tat nicht ganz einfach, lässt sich aber in wenigen Schritten erklären. **1** Jeder Wähler hat zwei Stimmen, mit denen er die Verteilung der 120 Landtagsmandate beeinflusst: eine Direktstimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten (Direktbewerber) und eine Listenstimme für die Wahl der Landesliste einer Partei. **2** Obwohl beide Stimmen gleichwertig sind, beeinflussen allein die Listenstimmen die Sitzverteilung im Landtag, da anhand von ihnen die prozentuale Zusammensetzung des Parlaments errechnet wird. Sie entscheiden über das anteilmäßige Verhältnis der Parteien im Parlament zueinander. Bei der Verteilung der Sitze werden dabei nur Parteien berücksichtigt, die mindestens fünf Prozent der abgegebenen Listenstimmen erhalten (Fünf-Prozent-Klausel) oder in mindestens zwei Wahlkreisen ein Direktmandat (Alternativ-Klausel) errungen haben. Sie können dann so viele Personen von ihrer Landesliste in

den Landtag entsenden, wie Mandate auf sie entfallen sind.

3 Die errungenen Direktstimmen einer Partei, also die erfolgreichen Wahlkreisandidaten, werden auf die ihr zugesprochene Gesamtzahl der Sitze im Landtag angerechnet. Sie haben dabei den Vorrang gegenüber den Listenkandidaten. Auf diese Weise erhält die Entscheidung der Wähler eine stärker personalisierte Note, entscheidet die Direktstimme doch über den Gewinn eines der 60 Wahlkreise durch einen Kandidaten.

4 Hat eine Partei mehr Direktmandate als Listenmandate gewonnen, entsteht ein sogenannter Überhang. Sie kann mehr Plätze im Landtag besetzen, als ihr verhältnismäßig zustehen. Für die Überhangmandate einer Partei erhalten die anderen im Parlament vertretenen Parteien sogenannte Ausgleichsmandate. Dieser Ausgleich geschieht, bis die ursprüngliche verhältnismäßige Verteilung der Sitze wiederhergestellt ist. Was Gerechtigkeit schafft, vergrößert das Parlament über seine Normgröße hinaus. Das übergroße Parlament ist dann gewissermaßen der Preis für die Erhaltung der von den Wählern bestimmten politischen Kräfteverteilung.

Wann und wo gibt es weitere Informationen?

Welche Kandidaten und Parteien zur kommenden Landtagswahl antreten, steht nach dem 27. Juni 2019 fest. Bis dahin sind die Landeslisten und Kreiswahlvorschläge bei der Landeswahlleiterin einzureichen. Informationen darüber erhalten Sie auf der Internetseite der Landeswahlleiterin: www.wahlen.sachsen.de

Ein Tag mit Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Es geht um mehr als Anerkennung

// Ortstermin mit Jürgen Gottschalk, Gedenkstätte Bautzner Straße

// Fast 30 Jahre sind seit der friedlichen Revolution und dem Ende der DDR vergangen. Seit 1992 gibt es das Amt des sächsischen Landesbeauftragten, der sich um die Ansprüche der Opfer der SED-Diktatur kümmert. Immer wichtiger wird aber auch die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, bei der es nicht mehr nur um Informationen zu den Mechanismen der Staatsapparat geht. »Politische Verfolgung und selbstbewusst erfahrener Lebensalltag in der DDR dürfen keine Gegensätze sein«, so Lutz Rathenow. 2011 wählte der Sächsische Landtag den Schriftsteller und einstigen DDR-Oppositionellen an die Spitze der kleinen Behörde. 2016 folgte die Wiederwahl. Wir haben ihn bei seiner Arbeit begleitet. //

Regelmäßig trifft sich Lutz Rathenow mit Vertretern von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, die sich im Freistaat mit Engagement und Herzblut um ihre Mitglieder und um politische Bildung zum Thema »SED-Diktatur« kümmern. Das Spektrum ist vielfältig, aber gerade in Sachsen, der Wiege der friedlichen Revolution, auch mit Emotionen und Befindlichkeiten seitens der verschiedenen Akteure verbunden. »Im Freistaat gibt es nicht nur die zentralen Stätten des Demonstrationsgeschehens wie Leipzig, Plauen und Dresden, sondern auch viele gedenkwürdige Orte mit deutschlandweiten Alleinstellungsmerkmalen. Zum Beispiel das Frauenzuchthaus Hoheneck, das Gefängnis auf dem Chemnitzer Kaßberg, über

das der Freikauf von Häftlingen an Westdeutschland lief, der Jugendwerkhof in Torgau, der vielleicht brutalste in der DDR, und viele andere geschichtsträchtige Stätten«, umreißt Lutz Rathenow die hiesige »Gedenklandschaft«.

»Vielfältiges Engagement noch besser koordinieren«

Heute findet das Treffen erstmals in der Sächsischen Staatskanzlei statt, und das nicht ohne Grund: Ministerpräsident Michael Kretschmer sucht den Dialog und hat in sein Haus eingeladen: »Mich interessiert Ihre Meinung«, ermutigt er die zahlreich erschienenen Teilnehmer zum Gespräch. Viele nutzen

denn auch die Gelegenheit, um Kretschmer ihre Anliegen und Forderungen persönlich vorzustellen. Lutz Rathenow moderiert die gut zweistündige Veranstaltung. Schnell wird deutlich: Das Feld ist vielschichtig und kompliziert. Es gibt sehr verschiedene Opfergruppen, von ehemals Inhaftierten über Heimkinder bis hin zu DDR-Dopingopfern. Rehabilitierung und Entschädigung sind uneinheitlich geregelt, manch einer ist durch jedes Raster gefallen. Für diese Menschen hat die Staatsregierung jüngst einen Härtefallfonds aufgelegt, doch in der konkreten Umsetzung

// Festung Königstein: Im Gespräch mit Maria Pretzschner // Fotos: S. Floss



Katja Ciesluk

Schnell wird deutlich: Das Feld ist vielschichtig und kompliziert. Es gibt sehr verschiedene Opfergruppen, von ehemals Inhaftierten über Heimkinder bis hin zu DDR-Dopingopfern. Rehabilitierung und Entschädigung sind uneinheitlich geregelt, manch einer ist durch jedes Raster gefallen. Für diese Menschen hat die Staatsregierung jüngst einen Härtefallfonds aufgelegt, doch in der konkreten Umsetzung

»hakt es noch an mehreren Punkten«, so Rathenow.

»Letztendlich geht es für viele vor allem um Anerkennung«, fasst der Landesbeauftragte das Ansinnen der Betroffenen zusammen. »Bei einigen ist aber verbesserte konkrete Hilfe sehr wichtig.«

Man treffe auf zu wenig Interesse seitens der Schulen an Gesprächen mit Zeitzeugen, kritisieren einige Teilnehmer. »Es gibt viel Engagement in diesem Bereich«, widerspricht Rathenow der soeben gehörten Einschätzung. Allein seine Behörde habe 2018 knapp 100 Schulen besucht und gefördert, jeden Tag gebe es Kontakt

brochen, wenn nicht sogar gestiegen. »Und das sowohl vonseiten Betroffener als auch vonseiten der Politik«, so Rathenow. Entsprechend viele Termine koordiniert sein Büro tagtäglich für die Beratung Betroffener, für Anfragen von Politikern und für Gesprächswünsche von Journalisten.

Im Freistaat hat das Amt 2016 dabei eine deutliche Aufwertung erfahren. Das Parlament verabschiedete ein neues Landesbeauftragtengesetz, das die Aufgaben und den Zuständigkeitsbereich der Behörde erweiterte. »Damit verbunden war die direkte Angliederung an den Sächsischen Landtag

fielen, die als schwer erziehbar galten. Zwischen 1945 und 1990 gab es in der SBZ und DDR einen Bestand von jeweils etwa 30 Jugendwerkhöfen mit ca. 3300 Plätzen. Hier sollten die Jugendlichen zu »vollwertigen Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft« geformt werden.

Die Festung Königstein, so Kuratorin Maria Pretzschner, stelle sich mit der Ausstellung (zu sehen bis 3.11.2019) erstmals dieser eigenen Vergangenheit als früherer Jugendwerkhof. »Ich wusste davon vorher nichts«, räumt Lutz Rathenow als einer der Eröffnungredner ein. Bei einem Ausflug mit seiner Familie habe er 2018 zufällig

Gedenkstätte Bautzner Straße

Um das Erleben von Geschichte an authentischen Orten geht es auch beim nächsten Termin. Gemeinsam besuchen wir die Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden, wo Leiterin Uljana Sieber und Zeitzeuge Jürgen Gottschalk uns Räume der einzigen noch im Original erhaltenen und für Besucher zugänglichen »Stasi«-Untersuchungshaftanstalt im Freistaat zeigen, darunter den ehemaligen sowjetischen Haftkeller, Vernehmungszimmer, die Schaulplatz nächtlicher stundenlangere Verhöre waren, winzige »Frei-



// Ministerpräsident Michael Kretschmer und Lutz Rathenow in der Staatskanzlei

zu Lehrern. Das Portfolio in den Schulen reiche von Vorträgen über Theaterstücke mit Mitwirkungsmöglichkeit im Unterricht bis hin zu den meist begleiteten Zeitzeugengesprächen. »Wir müssen mehr miteinander reden, das vielfältige Engagement noch besser koordinieren und zeitgemäße Formen der Wissensvermittlung ausprobieren«, gibt schließlich Ministerpräsident Michael Kretschmer den Anweisungen mit auf den Weg.

Neue Aufgaben, mehr Zuständigkeiten

Fast drei Jahrzehnte nach dem Ende des DDR-Regimes ist das Interesse an dem Thema unge-

wie eine Umbenennung: Vom Stasiunterlagen-Beauftragten zum Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur«, betont Rathenow das neu ausgerichtete Selbstverständnis.

Jugendwerkhof Königstein

Ortswechsel. Wir sind auf der Festung Königstein in der Sächsischen Schweiz, wo Lutz Rathenow an der Eröffnung der Ausstellung »Jugendwerkhof Königstein 1949–1955« mitwirkt. Die Ausstellung wirft Licht auf einen lange Zeit marginalisierten Teil der DDR-Geschichte, dem Zehntausende Kinder und Jugendliche anheim-



// Ausstellungseröffnung »Jugendwerkhof Königstein 1949–1955«

einen kleinen Kalender mit einem Hinweis auf die geplante Ausstellung entdeckt und sofort Kontakt aufgenommen. »Es ist wichtig, Geschichte an authentischen Schauplätzen zu zeigen, auch fernab von Aufarbeitungsmetropolen wie Berlin und Leipzig«, ist Lutz Rathenow überzeugt. »Und auch an Orten, die wegen anderer Geschichtsepochen beliebt sind. Wir sollten immer wieder in die Fläche wirken«, wünscht sich Rathenow. Getragen von ebendieser Überzeugung, habe er auch seine fünf Amtskolleginnen und -kollegen überzeugt, den für 2020 geplanten Bundeskongress der Landesbeauftragten in Plauen (Vogtland) durchzuführen.

gang-Parzellen« ... Allein schon der eigenartige Geruch versetzt die Besucher in vergangene Zeiten zurück. 29.000 Besucher, darunter 40 Prozent Schüler, zählte der historische Ort im Jahr 2018. In seiner Schriftenreihe bereitet der Landesbeauftragte derzeit ein neues Buch von Jürgen Gottschalk vor. Damit nicht nur die Besucher vor Ort anhand seines Schicksals erfahren können, wie ein staatlicher Repressionsapparat seine politischen Gegner auszuschalten versuchte.

weitere Informationen:
<https://lasd.landtag.sachsen.de/de/index.cshtml>



Dr. Janosch Pastewka

Von der »ganz großen Koalition« zum Ende des Parlamentarismus

Sächsische Landtagswahlen in der Weimarer Republik 1929 und 1930

// Die Ausrufung der Republik Sachsen vor 100 Jahren markierte den Beginn der parlamentarischen Demokratie in Sachsen. Der Landtagskurier knüpft in der Rubrik »Geschichte« mit zwei Beiträgen über die einstigen Landtagswahlen an die Texte zur Ausrufung der Republik, zur Einführung des Frauenwahlrechts und zur Volkskammerwahl 1919 an. //



// Wahlplakat der SPD, 1929. Abgebildet v. l. n. r.: Wirtschaftsminister Hugo Weber (WiP), Ministerpräsident Max Heldt (ASP), Arbeitsminister Georg Elsner (ASP), Justizminister Wilhelm Bünger (DVP) // Bundesarchiv, Plak 002-021-036

Was der Staatsgerichtshof am 22. März 1929 entschied, schlug bei den Gegnern der sächsischen Sozialdemokraten ein »wie eine Bombe«: Das Urteil im Verfahren SPD gegen den Freistaat Sachsen lautete: »1. Die Wahlen vom 31. Oktober 1926 zum Sächsischen Landtage sind ungültig. 2. Die Regierung des Freistaates Sachsen ist verpflichtet, die Neuwahlen des Landtags herbeizuführen.« Wie bereits die erste, so wurde

auch die dritte Legislaturperiode des Sächsischen Landtags in der Weimarer Republik frühzeitig beendet.

Der nach den Wahlen von 1926 zusammengetretene Landtag stand ohnehin unter keinem guten Stern. Das Wahlergebnis hatte zu einer außergewöhnlichen Koalition geführt. Die Parteien von der linken Mitte bis rechts außen, die Alte Sozialdemokratische Partei (ASP), die Demokraten (DDP) und die Aufwertungspartei (VRP), die Wirtschaftspartei (WiP), die Volkspartei (DVP), und die Deutschnationalen (DNVP) hatten sich auf eine breite Koalition der »Volksgemeinschaft« und der »Staatsbejahung« geeinigt. Die Sozialdemokraten, trotz Verlusten stärkste Kraft im Parlament, größte Partei im Lande und mit häufig artikuliertem Führungsanspruch, blieben außen vor. Also suchten sie nach anderen Wegen, den Landtag aufzulösen um Neuwahlen zu erreichen. Eine umstrittene Klausel im 1926 verabschiedeten Wahlgesetz nutzten sie als Chance vor dem Staatsgerichtshof, einer Art Vorgängerinstitution des Bundesverfassungsgerichts, gegen dieses Gesetz zu klagen. Obwohl der Landtag mehrheitlich die Wahlen für

legal erklärt hatte, widersetzte sich das Gericht diesem Beschluss und kam zu dem oben zitierten Urteil. So war nach 1922 erneut ein Landtag vorzeitig beendet worden und die Sachsen waren in der sich abzeichnenden Weltwirtschaftskrise am 12. Mai 1929 aufgefordert, ein neues Parlament zu wählen. Für die Sozialdemokraten ging es nach eigenem Diktum darum, die Ketten der »Reaktion« zu sprengen, wie es auf einem Wahlplakat hieß. Ehemalige Sozialdemokraten wie der amtierende Ministerpräsident Max Heldt oder der Arbeitsminister Georg Elsner wurden als Verräter beschimpft, weil sie auch mit Parteien zusammenarbeiteten, die die Errungenschaften der Revolution in der jungen Demokratie zurückdrehen wollten.

Im Übrigen aber stand der erzwungene Wahlkampf von 1929 im Zeichen groß angelegter Wahlagitation der extremen Parteien von rechts (Nationalsozialisten) und links (Kommunisten). Mit Musik und wehenden Fahnen durchzogen die Wahltrupps in den Tagen vor der Abstimmung die sächsischen Städte. Nicht selten gab es Zwischenfälle, bei denen es auch zu Körperverletzungen

und Sachbeschädigungen kam. Immer wieder musste die Polizei bei Aufmärschen einschreiten.

Das Kalkül der SPD ging anscheinend auf: Sie gewann rund vier Prozentpunkte dazu, während die Parteien der Regierungskoalition allesamt leicht verloren. Die Nationalsozialisten konnten fünf Mandate erringen und wurden zum Zünglein an der Waage. Nur mit ihrer Zustimmung hatte die regierende »ganz große Koalition« von der DNVP bis zur APS noch eine theoretische Chance. Die Wahl Wilhelm Büngers zum neuen Ministerpräsidenten geriet zur Farce. Sie wurde nur dadurch möglich, dass die Kommunisten – in der Vermutung, dadurch ihren Protest auszudrücken – weiße Stimmzettel abgaben. Diese galten jedoch als nicht abgegeben, und so konnte Bünger mit nur 44 von 96 Stimmen gewählt werden. Er war ein Ministerpräsident ohne Mehrheit.

Diese Konstellation hielt nicht lange. Die Zustimmung Sachsens zum umstrittenen Young-Plan (Neuregelung der Kriegsreparationen) war nur der Vorwand am 18. Februar 1930 das Kabinett Bünger zu stürzen. Der entscheidende Auflösungsantrag kam von der NSDAP.



// Mann vor einer Hauswand mit Wahlplakaten verschiedener Parteien anlässlich der Landtagswahl am 12. Mai 1929. // Deutsche Fotothek, obj. 71229417, Foto: A. Hennig

DNVP, KPD, aber auch die SPD stimmten ihm zu. In der verzweifelten Lage, die während der Weltwirtschaftskrise in Sachsen herrschte, musste allen Parteien klar sein, dass die einzigen Nutznießer einer erneuten Landtagswahl die Nationalsozialisten sein würden. Intensiv wurde daher noch ein letztes Mal über eine Große Koalition von der SPD bis zur DVP verhandelt, die eine Mehrheit von einer Stimme gehabt hätte. Die DVP war aber nicht bereit, ohne die Wirtschaftspartei (WiP) in eine solche Koalition, in der die SPD den Ton angegeben hätte, einzusteigen. Auf der anderen Seite zeigten weder WiP noch SPD Interesse an einer übergroßen Koalition. So scheiterten die Gespräche im Mai 1930 endgültig und es kam im Juni zu den fünften und letzten sächsischen Landtagswahlen in der Weimarer Republik.

Die Bedrohung durch die NSDAP wurde dadurch freilich nicht geschwächt. »Schließt die Kampffront! Gegen Nazidiktatur in Sachsen« lautete

der deutliche Aufruf der SPD zu den Wahlen 1930. Den »bürgerlichen« Parteien wurde hingegen erst zu spät klar, dass es nicht mehr darum ging, ein eher hypothetisches »Sowjet-Sachsen« als vielmehr ein ganz reales »Nazi-Sachsen« zu verhindern. Die DNVP warb noch immer mit einem »klaren Blick gegen Young-Plan und Marxismus«, während die DDP versuchte, einen Mittelweg »gegen den Radikalismus von rechts und links« zu steuern. Nur wenige Stimmen forderten, wie die linksliberale Neue Leipziger Zeitung, die »Parteien der Großen Koalition« zu wählen.

Was im Wahlkampf befürchtet worden war, trat ein: Die NSDAP hatte in nur einem Jahr ihren Stimmenanteil von 5 auf 15 Prozent fast verdreifacht. Die Verluste gingen zulasten der Rechtsparteien DVP und DNVP. Alle übrigen Veränderungen waren marginal. Zwei weitere Splitterparteien zogen in das Parlament ein. Der Landtag steckte nunmehr in einer Sackgasse. Verfassungsgemäß trat

der amtierende Ministerpräsident Walther Schieck, der Anfang des Jahres als Verlegenheitslösung präsentiert worden war, zurück, um einem neuen Regierungschef Platz zu machen. Doch eine Mehrheit für irgendeinen Kandidaten war nicht mehr in Sicht. Schieck blieb mit seinem Kabinett geschäftsführend bis zum März 1933 im Amt.

Von der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 nahm der Sächsische Landtag zunächst wenig Notiz. Im Gegensatz zu anderen Ländern wie Thüringen war es in Sachsen gelungen, die Nationalsozialisten von der Regierung fernzuhalten. Zwar konnten sich die übrigen Parteien inhaltlich auf wenig Substantielles verständigen; einig war man sich jedoch darin, den Auflösungsanträgen und Rücktrittsfordern der Nazis und Kommunisten eine stillschweigende Mehrheit entgegenzusetzen, um erneute vorzeitige Neuwahlen zu verhindern. So griffen die Nationalsozialisten schließlich zu Gewalt. Am 9. März 1933

überfielen SA-Truppen den Landtag, schlugen Abgeordnete blutig und hetzten sie aus dem Gebäude. Die neuen Machthaber lösten das Parlament auf und setzten die Landesregierung ab. Ein neuer Landtag wurde nicht gewählt. Stattdessen trat am 16. Mai 1933 ein Rumpfparlament zusammen, das nach den Ergebnissen der letzten Reichstagswahlen zusammengesetzt war. Die Kommunisten waren nicht zugelassen worden, ein Großteil der sozialdemokratischen Fraktion saß in Schutzhaft oder war emigriert. In der darauf folgenden Sitzung verabschiedete der Landtag ein Ermächtigungsgesetz, das letztlich zu seinem eigenen Ende beitrug. Mit der Feststellung »das Wort wird nicht mehr begehrt« beendete ein nationalsozialistischer Landtagspräsident, Walter Dönicke, die sächsische Landtagsgeschichte in der Weimarer Republik.

SERVICE

Rumänischer Botschafter im Europausschuss

Der rumänische Botschafter in Deutschland, S. E. Emil Hurezeanu, besuchte am 7. Mai 2019 den Sächsischen Landtag. Im Europausschuss stellte er die politischen Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft seines Landes vor. Wer die EU-Ratspräsidentschaft innehat, führt die Alltagsgeschäfte der EU und leitet die Arbeit des Rates der EU. Man wolle Vertrauen der Bürger in die EU zurückgewinnen, umriss Hurezeanu die Schwerpunkte. Der Diplomat stellte sich auch den Fragen der Abgeordneten zur Lage seines Landes.



Foto: Sächsischer Landtag

Hurezeanu
Botschafter Rumänien

Petitionsausschuss informiert sich am Sachsenring

Nicht im Sitzungssaal, sondern am Sachsenring in Hohenstein-Ernstthal verschafften sich Vertreter des Petitionsausschusses des Landtags am 14. Mai 2019 einen persönlichen Eindruck. Anlass für den Besuch war eine Petition gegen Lärmbelästigung durch eine Dauernutzung der Rennstrecke, die der Ausschuss bearbeitet. Bei dem Vor-Ort-Termin waren auch Vertreter des Umweltministeriums und der Kommune zugegen.



Foto: Andreas Kretschel

Buch »Mitteleuropa: Ansichten, Einsichten, Aussichten« erschienen



Das Buch versammelt 23 Beiträge von Diplomaten und Politikern, Intellektuellen und Wissenschaftlern aus Mitteleuropa und bietet Einblicke in Denken in oder über Mitteleuropa. Es ist bei der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung oder beim Sächsischen Landtag erhältlich.



[www.landtag.sachsen.de/
de/service/publikationen/
index.cshtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml)



[www.landtag.sachsen.de/
de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx)



Der Sächsische
Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/
sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

02. – 04.07.2019
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Am 1. September 2019
findet die Wahl zum
7. Sächsischen Landtag statt.

Der Sächsische Landtag
überträgt die Plenarsitzungen
live als Videostream auf
www.landtag.sachsen.de.
Auch Tagesordnungen,
Wortprotokolle und Videoauf-
zeichnungen finden Sie in
unserem Internetauftritt.
Weiterhin werden die Aktuellen
Debatten der Plenarsitzungen

auch im Regionalfernsehen
ausgestrahlt.
Nähere Informationen entneh-
men Sie bitte dem Programm
Ihres Senders.
Im MDR-Radio werden die
Landtagsdebatten zudem
live und digital auf DAB+
auf dem Kanal MDR SACHSEN
EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Fraktionslose Abgeordnete
Tel. 0351 493-4284

Besucherdienst

Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5132.
Offene Führungstermine
ohne Voranmeldung 2019:
14.06., 12.07., 09.08.
(16 Uhr Bürgerfoyer)

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag
von 10 bis 18 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden Sie
unter [www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentarischen
Öffentlichkeitsarbeit heraus-
gegeben. Die Abgabe erfolgt
kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von Parteien,
Fraktionen, Mandatsträgern
oder Wahlbewerbern – insbe-
sondere zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig, eben-
so die entgeltliche Weitergabe
der Publikation.

Publikationsbestellung und Leserbrief

Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Kevin Britschka, Katja Ciesluk, Thomas Gey, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 03.06.2019
Gastautoren: Carolin Krutsch, Sächsischer Landtag; Dr. Janosch Pastewka, Institut für Geschichte TU Dresden
Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.